



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

R/XII/236 - 15. Oktober 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 39
Fernschreiber D886890

Zur Anerkennung Pankows durch Tito	S. 1
Die Tragödie der 4. Republik / Bericht aus Frankreich	S. 2
Ein Plagiat des Bundesarbeitsministeriums	S. 4
Bundeswehr-Fahrtung 1957 (I) - Unsere Reportage	S. 6

Zur Anerkennung Pankows durch Tito

sp- Die diplomatische Anerkennung der sogenannten DDR-Regierung durch Jugoslawien stellt die Regierung der Bundesrepublik vor eine peinliche Situation. Das Auswärtige Amt in Bonn hat sich offiziell noch nicht zu dem jugoslawischen Schritt geäußert. Es besteht aber kein Zweifel darüber, dass man in Bonn offenbar nicht weiss, wie man darauf reagieren soll.

Als am 28. Juni 1956 Bundesaussenminister Heinrich v. Brentano im Bundestag erklärte, die Bundesrepublik werde die diplomatischen Beziehungen zu denjenigen Staaten abbrechen, die gleiche Beziehungen mit der Regierung in Pankow aufnehmen, hatte er ein "Programm" verkündet. Er hatte sich damit aber auch die Hände gebunden, die er wahrscheinlich nur wieder hätte frei bewegen können, wenn er willens und fähig gewesen wäre, eine aktive Ostpolitik einzuleiten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dagegen forderte auf ihrem Wählerparteitag im Juli 1956 von der Bundesregierung die Aufhebung diplomatischer Beziehungen mit einer Reihe von Ostblockstaaten. Die SPD war sich schon damals bewusst, dass nur durch eine geschmeidige Ostpolitik der Bundesrepublik die Anbahnung normaler Beziehungen auch zu einigen Staaten jenseits des Eisernen Vorhanges möglich sein werde. Die Bundesregierung hat diesen Appell überhört. Sie überhörte auch Vorstösse in der gleichen Richtung der übrigen Oppositionsparteien. Muss man in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es der kürzlich verstorbene deutsche Botschafter in Belgrad, Dr. Pfeleidorfer, war, der mit grosser Sachkenntnis das

- 1a -

15. September 1957

Auswärtige Amt in Bonn und die Bundesregierung selbst immer wieder auf die Notwendigkeit einer aktiven Ostpolitik hingewiesen hatte?

Die Gründe für die Unbeweglichkeit der zuständigen Bonner Stellen sind nur zu ahnen. Es dürfte jedoch feststehen, dass z.B. ein Mann wie Hallstein seine Politik tatsächlich auf der Illusion aufgebaut hatte, der Osten werde sich nach ihr richten - und danach handelte. Erst nach der letzten Bundestagswahl haben sich Bundeskanzler und Außenminister verärgert gesehen, einige sehr unklare Andeutungen über die zukünftige Ostpolitik der Regierung zu machen. Taten sie dies, weil sie nach dem Besuch des britischen Außenministers Selwyn Lloyd bei Marshal Tito und der kurz darauf folgenden jugoslawischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein Verhängnis auf sich zukommen sahen, das sie wenigstens durch einige unglückliche Bemerkungen über eine in Zukunft veränderte deutsche Ostpolitik abschwächen wollten?

Es scheint so zu sein, - viele Anzeichen deuten darauf hin - dass Tito nicht befürchten muss, wegen seines Schrittes in einen ernsteren Konflikt mit den Westmächten zu geraten. Tito gilt als ein grosser Realist und als ein sehr vorsichtiger Mann. Seit dem Wahlergebnis vom 15. September weist er überdies, dass man in den Hauptstädten des Westens annimmt, der Regierung der Bundesrepublik liege die Frage der Wiedervereinigung nicht so sehr am Herzen wie es mitunter bei Feiertagsreden zum Ausdruck kommt.

Sehr aufschlussreich wird es auch sein, wie die Vereinigten Staaten auf den Schritt Titos reagieren werden. Für die Westmächte ist dieser Schritt sicher nicht gravierend genug, um über das Mass von ähnlichen Solidaritätserklärungen zur Bundesrepublik hinaus irgendwelche Aktionen politischer oder wirtschaftlicher Art einzuleiten. Die Westmächte sind im Augenblick daran interessiert, die Stellung Titos und Gomulkas gegenüber der Sowjetunion nicht zu schwächen.

Unabhängig davon, was Bonn jetzt tun wird, kann wohl heute schon gesagt werden, dass wir wieder einmal vor einem bedauerlichen Ergebnis der Unbeweglichkeit der Bonner Außenpolitik stehen. Mit Sicherheit kann wohl angenommen werden, dass der jugoslawischen Anerkennung Polens auch andere neutrale Länder folgen werden. Wir wiesen kürzlich auf die Gefahr der weltpolitischen Isolierung der Bundesrepublik als Folge der einseitigen und die weltpolitischen Gegebenheiten nicht beachtenden Außenpolitik der jetzigen Bundesregierung hin. Reale Chancen für die Anwendung dieses Verhältnisses blieben in der Vergangenheit ungenutzt. Nun muss die Rechnung bezahlt werden.

Sechzehn ehemalige Ministerpräsidenten und keine Regierung

-E-, Paris

Kein Land kann sich rühmen, einen so grossen Besitzstand an noch in aktiven politischen Leben stehenden ehemaligen Ministerpräsidenten zu besitzen, wie gerade Frankreich. Die 4. Republik, deren Asra nach dem 2. Weltkrieg begann, besass bereits 23 Regierungen. 16 Männer lenkten in dieser Zeit das Regierungsschiff. Nur einer von ihnen, der bedeutende Sozialist, Leon Blum, ist seither verstorben.

De Gaulle eröffnete die Reihe...

Als erster Regierungschef - der mit der Befreiung des Landes beginnenden Zeit - wirkte General de Gaulle. Autoritär von Charakter, wenig geneigt, Verantwortlichkeiten mit anderen Kräften zu teilen und schroff im Umgang mit den wieder entstandenen Parteien, zog er sich 1946 grollend vom Amt zurück, als er zu starken Widerständen begegnete. Sein nach 1948 unternommener Versuch, durch Bildung der "Sammlungsbewegung des französischen Volkes" (RPF) erneut zur politischen Macht zu gelangen, schlug fehl. Seine unmittelbaren Nachfolger als Regierungschefs waren die Sozialisten Felix Gouin und Leon Blum, unter deren Führung die neue verfassungsmässige Ordnung des Landes verwirklicht wurde.

Noch die 1. konstitutionelle Regierung der 4. Republik unter Führung des Sozialisten Paul Ramadier beruhte auf einer Koalition der drei Parteien: Sozialisten, Christlich-Sozialen und Kommunisten. Ramadier sah sich aber im Jahr 1947 gezwungen, den kommunistischen Ministern den Stuhl vor die Tür zu setzen, da die KP eine Doppelrolle als Regierungs- und Oppositionspartei zu spielen versuchte. Es zeigte sich die Notwendigkeit zur Schaffung einer neuen parlamentarischen Mehrheit durch Einschluss der in der Zwischenzeit wiedererstarkten radikalsozialistischen Partei Edouard Herriots, die sich einst als die "Infanterie der Republik" bezeichnete. Mit der Änderung der Koalitionsebasis begann auch die Zeit der immer häufiger werdenden Regierungskrisen, begünstigt durch eine Verfassung, die dem Parlament auf Kosten der Regierung zu grosse Vollmachten einräumte. In wenigen Jahren bis zum Jahre 1951, dem Jahr der Neuwahlen, lösten sich Regierungen ab, an deren Spitze Georges Bidault und Robert Schuman (Christlich-Soziale RPF), Henri Queuille und André Marie (Radikalsozialisten) und René Pleven (Widerstandsdemokrat) standen.

Gewinne der Extremen

Die Neuwahlen des Jahres 1951 brachten eine Nationalversammlung, deren Zusammensetzung für Koalitionsbildungen noch ungünstiger war, -3-

denn sowohl auf der äussersten Linken, als auch auf der extremen Rechten gab es starke oppositionelle Parteien (Kommunisten und Gaullisten), die das parlamentarische Leben zu stören trachteten. Eine der unheilvollsten Entscheidungen dieser Legislatur war die Schaffung eines von der demokratischen Linken als antirepublikanisch betrachteten Schulgesetzes. Die Folge war die bis jetzt nicht überwundene Entfremdung zwischen Sozialisten und Christlich-Sozialen, die vor allen auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet viel Gemeinsamkeiten haben. Die Legislatur brachte eine Machtverschiebung zur rechten Mitte. Einer neuen Ministerpräsidentschaft René Plevens folgte die erste kurzfristige Edgar Faure, die zur allgemeinen Überraschung in Frühjahr 1952 von der Regierung des Unabhängigen Antoine Pinay abgelöst wurde. Pinay, der das Amt übernahm, als die durch die Korea-Krise ausgelöste internationale Spannung nachliess, konnte eine gewisse innere Stabilisierung in Frankreich bewirken, aber sein Einfluss auf die Wirtschaftskreise war nicht stark genug, um diese zur Annahme des von ihm laut deklarierten Neo-Liberalismus zu veranlassen. Pinays Regierung fiel weit weniger den Schlägen seiner Gegner, als der mangelnden Unterstützung seiner eigenen Freunde zum Opfer.

Aufstieg und Fall von Mendès-France

Der folgende Regierungschef, der Radikalsozialist René Mayer, unternahm den Versuch, die gaullistische Bewegung zur Mitarbeit und Teilrichtung zu gewinnen. Da er sich jedoch allzu stark für die EWG-Lösung einsetzte, stiess er sehr bald auf Widerstand und machte Platz für die Regierung Joseph Laniel (Unabhängige), in dessen Regierungsperiode die grossen Streiks des Jahres 1953 fielen, denen er trotzdem zu können glaubte. Die Verschärfung des Indochinakrieges und die Katastrophe von Dien-Bien-Phu machten den Weg für Pierre Mendès-France frei, dessen Regierung im Lande mit grossen Hoffnungen, aber von zahlreicher Parlarientriern mit innerem Misstrauen und Vorbehalt begrüsst wurde. Ein neuer Versuch über das Land hinweg zu fegen. Der Indochina-Konflikt wurde schnell liquidiert, aber der Kampf um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft schuf im Lande neue politische Spannungen, die auch dann nicht überwunden werden konnten, als es zu dem bekannten Pariser Vertrage kam. Mendès-France wurde Opfer seines Parteifreundes René Mayer, der der Algerien-Frage den Plänen von Mendès-France nicht folgen wollte. Edgar Faure, letzter Ministerpräsident der 2. Legislatur, der als Finanz- und Wirtschaftsminister der vorhergehenden Regierungen gute Arbeit geleistet hatte, liess die Nationalversammlung im Oktober 1955, als sie ihm nicht folgen wollte, kurzerhand auf, verletzte damit die republikanische Tradition, verlor die Wahlen und wurde aus seiner Partei ausgeschlossen.

Regierung Mollet stellte Dauerrekord

Die 3. Legislatur begann am 2. Januar mit der Wahltag der sogenannten Republikanischen Front, der Sozialisten, Radikalsozialisten, Widerstandsdemokraten und einigen Sozialrepublikaner (Gaullisten) angehörten. Sehr schnell begann der Streit über die Führung. Schliesslich wurde Guy Mollet, der Generalsekretär der sozialistischen Partei, Ministerpräsident einer Regierung, die, obwohl sie sich lediglich auf eine parlamentarische Minderheit stützen konnte, nahezu 16 Monate im Amt blieb und damit seit mindestens 30 Jahren den Dauer-Rekord unter allen Regierungen aufstellte. Ihre Amtstätigkeit und Handlungen waren stets unstritten, ihr langes Verbleiben lediglich die Konsequenz einer aussergewöhnlichen parlamentarischen und internationalen Situation. Der Wille der Rechten, in Algerien eine liberale Lösung zu verhindern, setzte der Regierung Mollet ein Hindernis, um einer schwachen Übergangsregierung unter Führung des Radikalsozialisten Maurice Faunoury Platz zu machen, der der gleichen Rechten zum Opfer fiel, als er durch ein schwächliches Kompromiss ein Algerienstatut schaffen wollte.

Frankreich sucht einen neuen Ministerpräsidenten und noch ist nicht sichtbar, mit welcher Mehrheit der neue Mann regieren kann... - 4 -

Merkwürdiger Beitrag zur Luftreinigung

Ein Plagiat wohl einmaliger Art hat sich das Bundesarbeitsministerium geleistet. Auf Antrag der SPD-Fraktion hatte der Bundestag am 21. Januar d.J. die Bundesregierung beauftragt, einen gutachtlichen Bericht über das wichtige Problem der zunehmenden Luftverschmutzung in der Bundesrepublik zu erstellen. Am 13. September 1955 hatte der Landtag von Nordrhein-Westfalen seiner Regierung den gleichen Auftrag erteilt. Im April dieses Jahres wurde er durch ein umfangreiches Gutachten, das allerdings nur als vorläufiger Zwischenbericht deklariert wurde, erfüllt. Als jetzt unter der Drucksache 2598 das Gutachten der Bundesregierung über die Verunreinigung der Luft veröffentlicht wurde, stellte es sich heraus, dass sich das Bundesarbeitsministerium die Durchführung dieses wichtigen Auftrages tatsächlich in kaum zu glaubender Weise erleichtert hatte: Fast sämtliche wesentlichen Passagen waren entweder völlig wörtlich oder aber mit kleinen redaktionellen Umstellungen dem Text des Zwischenberichtes der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen entnommen.

Dabei war mit dem federführenden Arbeits- und Sozialministerium vorher keinerlei Rücksprache genommen worden. Es fehlte auch jede Quellenangabe, die man als geringste Anstandspflicht wohl hätte voraussetzen können. Hinzu kommt, dass dieses angebliche Gutachten der Bundesregierung in den Punkten, in denen es über den nordrhein-westfälischen Text hinausgeht, mit der gleichen "Bedenklosigkeit und Herabsetzungslosigkeit", wie Arbeits- und Sozialminister Hensath dieses Vorgehen charakterisierte, die Erkenntnisse eines Gutachtes übernommen hat, das vom Verein Deutscher Ingenieure ausgearbeitet worden war.

Offene Erüskierung

Bei der Beurteilung - oder besser gesagt Verurteilung - dieses Falles muss man die verschiedensten Gesichtspunkte berücksichtigen. Am wenigsten interessant ist dabei die privatrechtliche Seite des Plagiats (wobei das deutsche Wort "Diebstahl geistigen Eigentums", da es sich immerhin um ein Bundesministerium handelt, gar nicht erst ausgesprochen werden soll). Bedeutsamer ist schon der Gesichtspunkt der offenen Erüskierung, die sich das Bundesarbeitsministerium gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen geleistet hat. Man könnte vielleicht sagen, dass es ausgesprochen erfreulich ist, wenn die Bundesregierung ausgerechnet

in einer so wichtigen Frage die Ansicht der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vorbehaltlos teilt und somit die Arbeit des Kabinetts Steinhoff und insbesondere des sozialdemokratischen Ressortministers Hensath voll anerkennt. Aber es ist doch wohl ein völlig unmögliches Verfahren, dass, wie Minister Hensath hierzu erklärte, "die von Nordrhein-Westfalen stets angestrebte enge Zusammenarbeit in dieser Form erfolgt, während wir sie in anderen wichtigen Fragen leider immer wieder vermissen müssen."

Die grösste Bedeutung des Falles dürfte jedoch auf der Bonner Ebene selbst liegen - nämlich in der Missachtung des Parlaments und in der völlig unverständlichen Oberflächlichkeit, mit der das Bundesarbeitsministerium an die lebenswichtige Frage der Luftverschmutzung und Luftverseuchung in der Bundesrepublik herangegangen ist. Die Antragsteller im Bundestag haben mit Sicherheit gewusst, dass in Nordrhein-Westfalen ein Gutachten über dieses Problem zu erwarten war. Und sie haben auch gewusst, dass ihnen dieses Gutachten nach seiner Veröffentlichung selbstverständlich zur Verfügung stand. Sie haben deshalb die Bundesregierung keineswegs beauftragt, dem Parlament ein Gutachten der nordrhein-westfälischen Regierung über die Situation im Land Nordrhein-Westfalen zuzuleiten, sondern eine eigene Stellungnahme zur Situation in der gesamten Bundesrepublik gefordert.

Bedenkenlos hinweggesetzt

Über diesen klaren Auftrag hat sich aber die Bundesregierung bedenkenlos hinweggesetzt. Sie hat einfach "abgeschrieben". Wir wollen dem Bundesarbeitsministerium nicht unterstellen, dass es zu einer eigenen Leistung nicht fähig ist. Viel wahrscheinlicher ist vielmehr, dass das Ministerium einfach nicht gewillt war, diesem wichtigen Problem die Aufmerksamkeit und die gründliche Arbeit zu widmen, die ihm in der augenblicklichen Situation zukommt. Das ist um so bedauerlicher, als sich alle Fachleute darin einig sind, dass eine tatsächliche wirksame Abhilfe nur durch gesetzliche Massnahmen des Bundes, die eine Initiative des Bundesarbeitsministeriums voraussetzt, erreicht werden kann. Dass diese Initiative von diesem Bundesarbeitsministerium und dieser Bundesregierung nicht erwartet werden kann, liegt also auf der Hand. Und das ist der bedauerlichste Schluss, der aus diesem Plagiatsfall gezogen werden muss.

(Demokratischer Aufbau, sozialdemokratische Monatsschrift für Nordrhein-Westfalen)

Versuch einer kritischen "Manöver"-Beurteilung

"Die Manöver wurden so durchgeführt, als wollten die Brüder Wright erst noch die Flugmaschine erfinden". (Die Londoner "Times" über eine Geländeübung der Bundeswehr)

sp. Die Bundeswehr-Führung hat angekündigt, dass sie der deutschen Öffentlichkeit in absehbarer Zeit einen Bericht über Anlage, Durchführung und Ergebnis der "Herbstübungen 1957 der Bundeswehr" übergeben will. Unsere BE/EH-Mitarbeiter unternehmen aus eigener Sicht den Versuch einer kritischen Beurteilung dieser Übungen, an denen sie mehrere Tage, für eine im Norden, der andere im Süden, als Beobachter teilgenommen haben. Ihre Beobachtungen wurden niedergeschrieben in der Lage, in denen die ganze Welt unter dem Eindruck des Starts des ersten Erdsatelliten "Sputnik" stand. Im Vergleich zu diesem Ereignis erscheint all das, was sich während der ersten Bundeswehrmanöver abspielte, als ein ungeheuerlicher Anachronismus.

+

"Das sind keine Manöver! Der Name ist viel zu grosspurig! Was wir hier machen, das sind Fahrübungen grossen Stils!" Mit diesen nüchternen Worten hatte Brigadegeneral Müller, stellvertretender Kommandeur der 3. Panzerdivision, der nach 1945 in Krefeld in Sart und Seide "machte", die Unternehmen "Nordwind", "Südwind" und wie immer sie heissen mochten, zwar auf ihren eigentlichen Kern zurückgebracht, er hat aber zugleich auch die ganze Problematik der Bundeswehr zum Stand von Herbst 1957 sehr deutlich angesprochen. Was sich in den letzten September- und in den ersten Oktobertagen von Schleswig bis Mittenwald abspielte und praktisch sämtliche Einheiten des Bundeswehrteiles Heer in Anspruch nahm, war eben tatsächlich kein Manöver, sondern nicht weniger, aber auch nicht mehr als eine riesige Fahrübung, die durch sogenannte kleine "Manöver-Einlagen" etwas "aufgemöbelt" wurde. Es gab wohl überall "kriegsmässige Feindlage-Annahmen", die wie beispielsweise bei der Übung "Nordwind" die Konzentrierung feindlicher Kräfte im Raum Braunschweig und ihren Vormarsch nach Westen vorsah, aber die Gegenaktionen der Bundeswehr waren nur als "Marschbewegungen motorisierter Verbände unter feindmässigen Bedingungen bei Tage und bei Nacht" angesetzt. Auf zivildeutsch: Es wurde, mit Ausnahme z.B. eines 30-Kilometer-Nachtfussmarsches der Birkheiten der 1. Gebirgsdivision und anderer "Einlage"-Fussmärsche, im wesentlichen gefahren, wobei alle Fahrzeug-Typen rollten, über die die Bundeswehr gegenwärtig verfügt.

+

Was da rollt, das ist "exorn", um einen der schlaksigen Slang-Ausdrücke zu verwenden, die die Umgangssprache der Bundeswehr-Landsler "wie gehabt" zu färben beginnen. Bei der schon genannten Übung "Nordwind", die sich von Schleswig bis nördlich von Hamburg bewegte, marschierten 700 Fahrzeuge, bei der Odenpfalz-Übung der 4. Grenadierdivision mehr als 1200 Fahrzeuge und bei den übrigen Teilübungen werden sich ähnliche Zahlen ergeben haben. Das "Soll" einer Panzerdivision liegt um die 3000 Fahrzeuge. Wenn diese Armada tatsächlich einmal in einem Ernstfall in Bewegung geraten sollte, dann wäre, legte man nicht den ganzen übrigen Parkbetrieb völlig still, als Folge nur ein hoffnungsloses Verkehrs-Chaos in der Bundesrepublik vorstellbar,

wobei man sich die Ein- und Auswirkungen irgendwelcher Feindmassnahmen erst gar nicht hinzuzudenken wagt.

Die an sich noch geringfügigen Erfahrungen dieser ersten grossen Herbst-Marschübungen der Bundeswehr, die unter der eifrigen Obhut der jeweils zuständigen Landespolizeien stattfanden, müssen als eine ernste Warnung gewertet werden. Natürlich war das höchst vernünftige Bemühen, nach Möglichkeit gar keinen Flurschaden zu machen, zugleich ein schweres Handicap, aber vielleicht hätte man, auch unter Benützung der mit der Polizei vereinbarten Strassen, aber doch nicht nur "feldmässig", sondern "kriegsmässig" marschieren sollen, denn dann hätte man zwei Erfahrungen mehr gesammelt, die jetzt fehlen: 1. wüsste man wenigstens andeutungsweise, mit welchen Fakten man rechnen muss, wenn ein solcher riesiger Fahrzeugverband über grössere Entfernungen, nicht zuletzt aus Luftschutzgründen, in "kriegsmässigen" Abständen und ohne Licht marschiert und dabei einen - wegen der "Feindlage" zwangsläufig chaotischen- zivilen Fahrbetrieb hineingerät, und 2. wüsste man, wie sich die Truppe, deren Fahrpraxis bei den jüngeren Soldaten vor allem aus Treibstoffmangel noch mangelhaft ist, mit einem solchen "kriegsmässigen" Nachtmarsch ab- und in ihm zurechtfindet. Panzer-Schlangen von 10, 15 und mehr 45-Tonnen-Kolossen, die im Sprung-Abstand hell aufgeblendet im FKW-Temp durch die Nacht rasseln, bieten zwar Soldaten und Zivilisten einen höchst romantischen Anblick, aber sie sind im Grunde nicht mehr als eine etwas eigenwillige Abart von Tank-Parade, die zur Nachtruhestörung beiträgt. Den auf gleiche Weise beförderten Panzergranadiere blieb nichts anderes übrig, als in ihren dicht aufgeschlossenen dahlnrasenden LKWs zu frieren und das kilometerlange Band der hell strahlenden Bundeswehr-Scheinwerfer zu bewundern.

+

Der Geräte-Feldwebel, der die Manövergäste in seinem DKW-"Jagdwagen" - das Wort "Jeep" ist verpönt - zur Übungsleitung transportierte, berichtete, dass man aus sachlichen Gründen zu der Wehrmachtsregelung zurückkehren und wieder die Trennung in Kfz-, Waffen- und Nachrichtengerät-Stellen vornehmen werde. Ob das dann die endgültige Regelung sein werde, konnte der "Zwölfender", der noch bei der Reichswehr-Kavallerie angefangen hatte - "Ich wollte doch so gerne zu den Pferden, und dann der lange Säbel ...!" - und nach 45 Fabrikarbeiter gewesen war, nicht sagen. Aber irgendwie ist ja alles noch nicht ganz so endgültig bei der Bundeswehr. Daran muss man sich gewöhnen, wenn man als Zivilist "in die Truppe" verschlagen wird. Da sind beispielsweise die Fahrzeuge, die, wenn man danach fragt, meist noch "in Erprobung" sind und eine Menge Kritik auf sich ziehen. Die "Jagdwagen" etwa haben, so zurren die Fahrer, einen zu schwachen Motor, der im Gebirge nicht mitkommt, ausserdem wassergekühlt ist und von 15 Liter Treibstoff an aufwärts friert. Da sei also noch einiges zu verbessern, wenn das Fahrzeug, das sehr geländefreudig ist, wie geplant zum europäischen NATO-Standard-Jagdwagen werden sollte. Ähnlich ist die Kritik an den anderen "edlender" Fahrzeugen, vor allem an dem "NATO-Ford", der zu leicht kippt, und auch an den Raupen-Fahrzeugen, an den Panzern ...

+

Diese Panzer! Ein ehemaliger Luftwaffen-Pilot, der jetzt als Fahrlehrer bei den Panzerschützen gelandet ist, drehte mit uns Zivilisten einige grossartig gekante Runden und Ellipsen durch den Panzerfahrgarten in der Neuminsterer Kaserne, die britische Kavalleristen noch vor wenigen Wochen als Turnierplatz verwendet hatten. Der 45 Tonnen schwere

M 47 walzte auf den Zentimeter genau an den Hecken vorbei, kroch im hohen Winkel über den Sprunghügel und bohrte sich durch ein tief ausgebautes Loch. Der Ex-Pilot lenkte das Ungetüm geradezu elegant mit einer Hand mit einem flugzeugähnlichen Knüppel. Alles, was im Zivilstand, war begeistert: Grossartig! Und dann kam der Oberleutnant und zeigte etwa in Kopfhöhe: "So hoch darf der Panzer nur sein, 1.60 oder 1.65, was darüber ist, ist von Übel, weil es ein geradezu ideales Schussziel bietet!" Der M 47 ragte neben der Hand des Oberleutnants wie ein Berg in den oktoberblauen Himmel.

Mit diesen M 47 ist das an sich so wie mit dem geschenkten Gaul, doch der M 48, der den "Übungsanzler" mit der niedrigeren Hausnummer einsetzen soll und den der bundesdeutsche Steuerzahler auf Heller und Pfennig bezahlen muss, pro Stück mit etwa 500 000 oder mehr DM, dieser M 48 aus US-Amerika ist ein ziemlich ähnlicher Gaul aus demselben Stall. Der Panzer-Brigade-General zuckte mit der Achseln: "Ich habe den M 48 noch gar nicht gesehen, der ist noch in der Erprobung beim Panzerlehrbataillon. Wir müssen eben nehmen, was wir bekommen. Wir stellen uns einen schnellen, niedrigen und leichten, vielleicht 24-Tonnen schweren Panzer vor. Die Amerikaner können so etwas nicht liefern. Die Franzosen sollen so einen Panzer haben". Der Oberleutnant fügt die Typenbezeichnung hinzu: "AMX 12". Das sind die Panzer, die die Franzosen den Israelis geliefert haben ...

Wir, also unsere Bundeswehr-Panzerschützen oben, fahren mit den M 47, die mit einem unerträglich schrill quietschenden Ton rollen, der in der Nacht kilometerweit zu hören ist. Wenn ein M 47 reparaturbedürftig ist, werden die Ersatzteile aus einem stillgelegten M 47 ausgeschlachtet. Nachschub gibts nicht mehr. Übung geschossen wird mit Einstockklüpfen, aus denen Karabinermunition auf kleine Pappscheiben verfeuert wird. Die Granaten werden gespart. Beim M 41, dem Jagdpanzer, ist überhaupt keine Munition mehr verfügbar. Da wird nur noch "angenommen". Und der Spritverbrauch ist sagenhaft: beim M 47 etwa 10 Liter auf einen Kilometer. Der Panzer hat 800 Liter im Bauch, Flugzeugespritähnlicher "Combat"-Kraftstoff vom NATO-Typ. Es dauerte ziemlich lange Zeit, bis die Tanks nachgefüllt waren: 40 Kanister zu 20 Liter wurden in einen grossen Trichter gegossen, mit der Hand, einer nach dem anderen ...

+

Und dann die Waffen! Da gibt es beispielsweise die 105-cm-Haubitze auf Selbstfahrlafette, einen Untergestell vom Typ des M 41. Die Panzerartilleristen loben die Treffsicherheit ihrer Kanone, aber wenn das haushohe Ungetüm mit seinem MG-Turm angewalzt kommt, dann bleibt, sollte es je einen Ernstfall geben, nur noch koten. Oder die 2-cm-vierlingsflak, ebenfalls auf M 41-Selbstfahrlafette. Die Fahrgeschwindigkeit ist, wie bei jedem M 41, "enorm", nämlich bis zu 70 Kilometer auf ebener Strasse. Aber damit hat sich's, denn was soll ein Heeresflakartillerist mit dieser handgesteuerten Waffe, die dem technischen Stand des Aufbaus der Hitler-Wehrmacht entspricht, gegenüber einem Düsenjäger anfangen? Eine Flak ohne vollautomatische Radarsteuerung ist ein peinlich hoffnungsloses Unterfangen! Die Anwesenheit dieser museumsreifen Waffe war auch nur dadurch zu entschuldigen, dass sie

praktisch bloss speazierenfuhr, da die Bundeswehr-Luftwaffe lediglich durch Beobachter-Offiziere in Erscheinung trat.

Bei den Gebirgsjäger-Manövern flog eine jugendliche Gräfin mit einer kleinen Sportmaschine "Luftwaffeneinsatz", im Norden der Bundesrepublik kurvten zwei einmotorige Do-27-Aufklärer spitzbübisch über das baum- und heckenbestandene Gelände, in dem die Fahrzeuge der "Panzer-Kampfgruppe B 3" in indianerkhafter Tarnung "untergezogen" waren. Beim Unternehmen "Südwind", bei dem die Panzer von Süden nach Norden marschierten, heulten einige holländische Düsenjäger über Schleswig-Holstein. Beim Unternehmen "Nordwind" warteten Soldaten und Zivilisten bis zur letzten Minute und darüber hinaus auf die versprochene Luftattraktion der britischen Royal Airforce. Aber die Tommies kamen nicht, trotz des wunderbaren Herbstwetters, und keiner wusste warum. Auch die beiden Bundeswehr-Generäle auf dem Feldherrnhügel nicht.

+

Kopfschüttelnd betrachtet die Truppe ihre Handfeuerwaffen. Die beiden amerikanischen Karabiner-Typen, die bunt durcheinander gewirfelt getragen werden, haben ebenso wenig Gegenliebe gefunden wie das leichte USA-MG, das zu schwer ist, zu langsam schießt und viel zu umständlich konstruiert ist. In Aktion traten allerdings nur die Karabiner, mit denen bei einer nicht ganz ernst genommenen "Nordwind"-Manöver-Einlage unter jubelnder Assistenz der Dorfjugend frischfrommfrohlichfrei Platzpatronen in den Wald geballert wurden. Den eigentlichen Gefechtslärm lieferte ein von den Amerikanern kostenlos in die britische Stationierungszone transportierter Lautsprecher-Cadillac der "Sonic Group": Es war tröstlich zu wissen, dass die hämmernden MG-Stöße und die jaulenden Querschläger wirklich nur "vor Band" kamen. Und dass die aus den blauen Herbsthimmel abwärts schwebenden Fallschirmjäger lediglich Seidenpapier-Modelle "Made in Germany" waren, das war angesichts der aus panischer Angst mit hocherhobener Schwänzen davonjagenden Kuhherde von beruhigender Operettenhaftigkeit. Einer der "Partisanen-Fallschirmjäger" geriet im übrigen in einen Thermik-Aufwind und ward nicht mehr gesehen

Fortsetzung folgt

+ +

Verantwortlich: Günter Markscheffel